

Verband der Geschichtslehrerinnen
und -lehrer Deutschlands e.V.
Landesvorsitzender Florian Rietzl
Hauptstr. 34
15518 Steinhöfel

Potsdam, 18. Juni 2024

Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine an die SPD Brandenburg

Sehr geehrter Herr Rietzl,

Demokratie, Gemeinschaft und Toleranz sind die Eckpfeiler unseres Landes. Auf ihnen gründet sich unsere Art zu leben. Dennoch wissen die Brandenburgerinnen und Brandenburger aus eigener Erfahrung, dass der Kampf um Freiheit immer wieder neu geführt werden muss. Es ist schwerste Arbeit und zugleich eine Aufgabe, bei der es immer wieder auch Rückschläge gibt. Heute können es alle glasklar sehen. Rechtsextremismus und Rassismus sind nach wie vor die größte Gefahr für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben in Brandenburg. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem es erneut darum geht, die Grundfeste unserer Demokratie gegen deren Feinde verteidigen zu müssen.

1. Welchen Stellenwert hat die Bildungspolitik Brandenburgs, in der Reformen unumgänglich geworden sind, in Ihrem Wahlprogramm und welche Bedeutung messen Sie der Stärkung der historischen Bildung bei? Wie sehen Sie die Rolle der historischen Bildung innerhalb der schulischen Entwicklungen im 21. Jahrhundert?

Die Bildungspolitik hat in der SPD traditionell eine herausgehobene Stellung. Dabei verstehen wir den Begriff „Bildung“ umfassender. Bildung ist nicht auf Schule und Unterricht begrenzt. Sie beginnt längst vor der Einschulung und hört nicht mit dem Schulabschluss auf. Bildung findet jeden Tag statt, dort, wo Menschen zusammenkommen, aufeinander achten und voneinander lernen: In Familien, in Vereinen oder Freizeiteinrichtungen – Orten des Gemeinwohls und der

Gemeinschaft. Bildung muss unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Wohnort oder Einkommen garantiert sein. Bildung braucht Stabilität und gesicherte Strukturen. Denn nur Bildung ermöglicht allen Kindern den Aufstieg – von der Kita, über die Schule, das Studium oder die Berufsausbildung. Diesem Gedanken fühlen wir uns zutiefst verpflichtet. Zugleich ist es dieses Aufstiegsversprechen, das Brandenburg stark macht.

2. Welche Themen sowie Kompetenzen der historischen Bildung erachten Sie für das 21. Jahrhundert als relevant in den Schulen? Welche notwendigen Schritte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Fach Geschichte würden Sie ergreifen?

Eine starke, lebendige und wehrhafte Demokratie braucht auch eine gute politische Bildung. Dazu zählt insbesondere die Vermittlung von historischem Wissen im Fach Geschichte. Auch die Fächer Politische Bildung und Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde gehören dazu, weshalb wir uns dafür einsetzen, diese in Zukunft noch stärker hinsichtlich der Vermittlung demokratiebildender Kompetenzen zu verflechten. Für uns besteht der Mehrwert insbesondere darin, fächerübergreifend Kompetenzen in Demokratiebildung über alle Jahrgangsstufen hinweg zu vermitteln, anstatt die Stundentafel durch die Ausweitung der Wochenstunden in einzelnen Fächern noch weiter auszubauen oder zu Lasten anderer Fächer zu verschieben.

3. Wie stehen Sie zu der Forderung des VGD, endlich wieder zwei Wochenstunden für das Fach Geschichte in allen Jahrgangsstufen 5 bis 10, aber nicht in Konkurrenz zu den Fächern PB und Geografie, verbindlich in der Stundentafel aller Schulen zu verankern?

Für uns als SPD besteht der Mehrwert bei der Vermittlung von Geschichtswissen wie zuvor dargelegt (Vgl. Antwort Frage 2) darin, fächerübergreifend Kompetenzen in Demokratiebildung über alle Jahrgangsstufen hinweg zu vermitteln, anstatt die Stundentafel durch die Ausweitung der Wochenstunden in einzelnen Fächern noch weiter auszubauen oder zu Lasten anderer Fächer zu verschieben. Insofern stehen wir der pauschalen Forderung, in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 durchgehend 2 Wochenstunden Geschichte zu unterrichten, ohne dass dies zu Lasten der Fächer Politische Bildung und Geografie geht, skeptisch gegenüber. Das wäre aus unserer Sicht ohne eine entsprechende Erweiterung der Stundentafel, die wir allerdings nicht anstreben, nicht umsetzbar.

4. Das Curriculum des Faches Geschichte empfiehlt Besuche außerschulischer Lernort, zu denen auch Gedenkstätten und Museen gehören, die sich mit dem Problem des Nationalsozialismus explizit auseinandersetzen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Besuch außerschulischer

Lernorte organisatorisch und finanziell dauerhaft abzusichern? Wie stehe Sie zu einem Pflichtbesuch der Schüler:innen an entsprechenden Gedenkorten?

Neben der inhaltlichen Wissensvermittlung im Unterricht setzen wir uns dafür ein, die Demokratie in der Schule insgesamt zu stärken, indem wir Schülerinnen und Schüler sowie Eltern bei der Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte unterstützen und die Instrumente der Demokratiebildung an unseren Schulen deutlich ausbauen.

Dazu gehört auch der Besuch von Gedenkstätten als unverzichtbare Orte der Demokratiebildung. Im Rahmenlehrplan für das Fach Geschichte ist in den Jahrgangsstufen 7 und 8 bzw. 9 und 10 jeweils der Besuch von zwei außerschulischen Lernorten (Gedenkstätten) vorgesehen, in der gymnasialen Oberstufe werden entsprechende Besuche empfohlen. So erhalten alle Schülerinnen und Schüler in ihrer Schullaufbahn Gelegenheit, mindestens einmal eine Gedenkstätte zu besuchen. Einen für alle Schülerinnen und Schüler grundsätzlich verpflichtenden Besuch lehnen wir - in Übereinstimmung mit den Gedenkstätten selbst - ab. Insofern setzen wir uns durch die Landesförderung für Schulfahrten zu Gedenkstätten, Museen und Gedenkorten in Brandenburg, Berlin und Polen in Höhe von nunmehr 150.000 Euro pro Jahr sehr für entsprechende Gedenkstättenbesuche ein.

Zudem wollen wir die Arbeit des Netzwerks Zeitgeschichte für die vielen ehrenamtlich getragenen Gedenkorte verstetigen.

5. Die jüngsten Vorfälle rechtsextremistischen Verhaltens an brandenburgischen Schulen machen deutlich, dass die Lehrkräfte den Beutelsbacher Konsens emanzipatorisch auslegen müssen und nicht in eine gefährliche Scheinneutralität abdriften dürfen. Wie stehen Sie zu dieser Auffassung, die auch essenziell für den Geschichtsunterricht gültig ist?

Die Auffassung, dass Lehrkräfte den Beutelsbacher Konsens emanzipatorisch auslegen müssen und nicht in eine Scheinneutralität abdriften dürfen, bekräftigen wir ausdrücklich. Es gibt keine Neutralität vor dem Grundgesetz. Das Kontroversitätsgebot für Lehrkräfte geht somit auch nicht mit einem Neutralitätsgebot einher. In der politischen Bildung muss nicht jede Position als legitim dargestellt werden, vor allem menschenverachtende Meinungen dürfen nicht gleichberechtigt neben anderen stehen.

Die Vorfälle an der Schule in Burg haben zum damaligen Zeitpunkt eine neue Dimension erreicht. Wir haben die Vorfälle in der Folge nicht nur auf das Schärfste verurteilt, sondern uns neben persönlichen Gesprächen mit den betroffenen Lehrkräften ganz konkret für eine unmissverständliche Antwort des Rechtsstaates ausgesprochen. Unsere Landtagsfraktion hat

sich im Rahmen der Novellierung des Brandenburgischen Schulgesetzes für die Einführung des neuen § 64a eingesetzt, in dem das Verbot und der Umgang mit verfassungsfeindlichen Handlungen am Ort Schule konkretisiert und gesetzlich verankert wurde. Zudem hat u.a. die Fachstelle „Starke Lehrer - Starke Schüler“ seit Beginn 2024 ihre Arbeit aufgenommen. Das Programm soll Lehrkräfte im Umgang mit konfliktreichen Unterrichts- und Alltagssituationen stärken und ihnen methodisches und fachliches Handwerkszeug vermitteln. Darüber hinaus wurden für die brandenburgischen Schulen Handlungsleitlinien¹ für den Umgang mit antidemokratischen Verhaltensweisen und Positionen entwickelt.

Parallel dazu haben wir einen „Verfassungstreue-Check“ eingeführt und das Landesdisziplinarrecht geschärft, um noch konsequenter gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst, ob in den Verwaltungen, der Polizei oder unter Lehrkräften, vorgehen zu können. Beide Instrumente sind Ausdruck einer wehrhaften Demokratie und den Kampf gegen die Feinde unserer Verfassung, um zu verhindern, dass sie in den Staatsdienst eingestellt werden oder aber bei entsprechend erwiesenen verfassungsfeindlichen Handlungen aus diesem entfernt werden können.

Wir möchten uns bei Ihnen und all Ihren engagierten Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre hervorragende Arbeit bedanken, die Sie tagtäglich leisten. Wir freuen uns, dass Sie bei allen Herausforderungen immer Gesprächsbereit sind und wir gemeinsam daran arbeiten, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Lehrkräfte bestmöglich auszugestalten und weiter zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen



David Kolesnyk
Generalsekretär

¹ https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/broschuere_handlungsleitlinien-fuer-schulleitungen-und-lehrkraefte-im-umgang-mit-antidemokratischen-verhaltensweisen.pdf